

I1 Mit Corona leben – Weitsichtige und klare Regelungen für den Umgang mit der Pandemie

Gremium: Landesvorstand, Katharina Schulze (KV München), Ludwig Hartmann (KV München), Christina Haubrich (KV Aichach-Friedberg), Toni Schuberl (KV Freyung-Grafenau)

Beschlussdatum: 11.11.2020

1 Die ganz große Mehrheit der Bürger*innen Bayerns – Junge wie Alte - nimmt ihre
2 Verantwortung für sich und für die Gesamtgesellschaft sehr ernst. Indem sie ihre
3 persönlichen Kontakte einschränken und sich an die Hygieneregeln halten,
4 bezeugen die Menschen den großen Zusammenhalt unseres Landes. Doch trotz dieses
5 hohen Maßes an individueller Verantwortung In der Pandemie war Ende Oktober
6 schnelles Handeln geboten. Am 28.10.2020 haben Bund und Länder genau das getan.
7 Angesichts exponentiell steigender Infektionszahlen, drohender Engpässe bei der
8 Zahl verfügbarer intensivmedizinischer Kapazitäten, Laborengpässen und einer
9 zunehmenden Überlastung der Gesundheitsämter bei der Rückverfolgung von
10 Infektionsketten gilt es jetzt, den Anstieg der Infektionszahlen zu bremsen,
11 eine Überforderung des Gesundheitssystems zu verhindern und Menschenleben zu
12 retten. Dafür ist es notwendig, dass alle ihre physischen Kontakte massiv
13 reduzieren.

14 Die Bayerischen GRÜNEN haben die Politik der Staatsregierung zur Eindämmung der
15 Pandemie von Anfang an konstruktiv und kritisch begleitet. Viele Maßnahmen - wie
16 die Unterstützung von Soloselbständigen und Künstler*innen oder wie das
17 Offenhalten von Kitas und Schulen soweit als möglich – wurden erst auf unseren
18 massiven Druck hin umgesetzt. Auch jetzt tragen die Bayerischen GRÜNEN die
19 getroffenen Maßnahmen gegen die weitere Ausbreitung von COVID-19 notgedrungen
20 mit. Notgedrungen, weil die Staatsregierung die Zeit über den Sommer nicht
21 genutzt hat, um unser Land auf die zweite Welle vorzubereiten, von der alle
22 wussten, dass sie kommt. Unsere Zustimmung zum Wellenbrecher-Lockdown ändert
23 deshalb nichts an der berechtigten Kritik an der Untätigkeit der
24 Staatsregierung.

Vertrauen stärken mit Transparenz und Beteiligung

26 Die Corona-Pandemie hat monatelange massive Grundrechtseinschränkungen,

27 Eingriffe in das öffentliche Leben und die öffentliche Infrastruktur notwendig
28 gemacht – und macht es noch immer. Die tiefen Einschnitte in das
29 wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben Bayerns haben oft gravierende
30 Folgen für zahllose Mitglieder unserer Gesellschaft. Und es ist feststellbar,
31 dass über ein halbes Jahr nach dem Beginn der Epidemie die Bereitschaft der
32 Menschen langsam aber stetig abnimmt, die immer wieder ad hoc von der
33 Staatsregierung getroffenen Maßnahmen vollumfänglich mitzutragen. Die Gründe
34 dafür sind offensichtlich: Nur wer die Corona-Regeln kennt und versteht, hält
35 sich daran. Und nur wenn über die Regeln und ihre Wirksamkeit diskutiert werden
36 kann, werden sie auch akzeptiert. Tatsächlich aber werden bisher alle Maßnahmen
37 im Hinterzimmer der Staatskanzlei ausgehandelt. Selbst medizinische Fachverbände
38 werden nicht ausreichend eingebunden.

39 Das muss sich ändern. Deshalb ist es höchste Zeit, die Debatte über konkrete
40 Maßnahmen wieder ins Parlament zu holen. Der Bayerische Landtag ist der mit
41 Gesetzgebungskompetenz ausgestattete verfassungsmäßige Ort der Diskussion und
42 Entscheidung über politische Maßnahmen und der Kontrolle der Staatsregierung.
43 Insbesondere Maßnahmen, die in Grundrechte eingreifen und zum Teil erhebliche
44 Auswirkungen auf das tägliche Leben haben sowie Maßnahmen, die längerfristig
45 gelten sollen, müssen durch das Parlament diskutiert und entschieden werden. Nur
46 durch eine sorgsame und öffentliche parlamentarische Abwägung können das
47 Vertrauen und die Akzeptanz der Bürger*innen in staatliches Pandemiehandeln
48 dauerhaft gesichert werden. Gerade in Krisen bewährt sich unser Rechtsstaat.
49 Demokratische Institutionen und Abstimmungsprozesse sind seine Stärke, keine
50 Schwäche.

51 Um Kontrolle, Grundrechtsabwägungen und öffentliche Debatte zu gewährleisten und
52 damit das Vertrauen der Bürger*innen in die bayerische Coronapolitik dauerhaft
53 zu stärken fordern die Bayerischen GRÜNEN:

54 • **Corona-Schutzmaßnahmen gesetzlich regeln**

55 Mit einem Corona-Maßnahmengesetz werden wirksame Rahmenvorgaben geschaffen,
56 sowohl mit Blick auf das Verfahren als auch bezüglich der zu treffenden
57 konkreten Maßnahmen des Infektionsschutzes. Inhalt dieses Gesetzes ist zum einen
58 die Einforderung klarer Ziele für konkrete Infektionsschutzmaßnahmen, an denen
59 sich auch deren Erfolg und Zulässigkeit messen lässt, zum zweiten verständliche
60 Grundregeln, die für alle gelten und zum dritten klare Vorgaben für die
61 Staatsregierung, welche Details sie regeln darf. Zudem gewährleistet das Gesetz
62 eine volle Transparenz über die Entscheidungsgrundlagen der Staatsregierung,
63 umfassende Mitbestimmungsrechte des Landtags und eine fortlaufende Evaluation
64 aller Maßnahmen gegen die Krise. Eine gesetzliche Grundlage für konkrete
65 Ermächtigungen stärkt nicht nur die Rechtssicherheit. Durch die öffentliche
66 Debatte im Parlament und die Abwägung der Maßnahmen im Hinblick auf die
67 Grundrechtseingriffe würde auch die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung
68

gesteigert werden.

69 • **Parlamentarische Corona-Kommission einrichten**

70 Die Corona-Kommission soll als fachübergreifendes parlamentarisches Gremium die
71 Debatten im Bayerischen Landtag zu den verschiedenen Aspekten zur Bekämpfung der
72 Corona-Pandemie bündeln, interdisziplinär führen und zur Auswertung der
73 öffentlichen Krisenbewältigung beitragen. Sie befasst sich in wöchentlichen
74 öffentlichen Sitzungen mit den Auswirkungen der Pandemie auf alle
75 gesellschaftlichen Bereiche und legt Handlungsempfehlungen zum Umgang mit den
76 sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie vor. Damit wird der
77 parlamentarische Diskurs deutlich gestärkt und Entscheidungen des
78 Landtagsplenums vorbereitet. Durch das Herbeiziehen von Wissenschaftler*innen
79 ist zudem gewährleistet, dass politische Entscheidungen wissenschaftlich
80 fundiert getroffen werden können.

81 • **Corona-Bürgerforum schaffen**

82 Gerade weil die Maßnahmen zum Schutz vor der Corona-Pandemie der bayerischen
83 Bevölkerung viel abverlangen und den sozialen Zusammenhalt immer wieder auf die
84 Probe stellen, wollen wir die Bürger*innen stärker beteiligen und mehr
85 Transparenz schaffen. Denn ein hohes Akzeptanzniveau und eine klare Haltung
86 gegen Coronaleugner*innen und Verschwörungsmymen erhalten wir nur mit einer
87 Politik des Gehörtwerdens. Die Anpassung der Schutzmaßnahmen wollen wir deshalb
88 durch unterschiedliche Beteiligungsformate wie Online-Konsultationen oder lokale
89 Bürgerforen flankieren. Diese Beteiligungsverfahren könnten durch eine*n
90 unabhängige*n Bürgerbeauftragte*e koordiniert und unterstützt werden. Durch ein
91 Corona-Bürgerforum wollen wir die Erfahrungen und die Lebenswelt der
92 Bürger*innen in die Corona-Politik Bayerns einbeziehen. Dabei erhalten
93 ausgeloste, für die Bevölkerung repräsentative Bürger*innen die Möglichkeit,
94 Pläne und Maßnahmen zu diskutieren und abzuwägen.

95 **Die Menschen mitnehmen mit klaren Konzepten**

96 Die bayerischen Bürger*innen werden noch lange mit der Pandemie leben müssen.
97 Die Einschränkungen, die jetzt getroffen werden, dürfen aber nicht nochmals
98 passieren, einen dritten oder vierten Lockdown wollen wir verhindern. Deshalb
99 gilt es jetzt, die Phase des Herunterfahrens zu nutzen und ein Plan zu
100 erarbeiten, um unser Land für ein Leben mit der Pandemie bis einen Impfstoff
101 oder Medikamente gibt, vorzubereiten. Dafür braucht Bayern mittel- bis
102 langfristig belastbare und differenzierte Konzepte für den Umgang mit sinkenden,
103 aber auch mit steigenden Infektionszahlen.

104 Den Lockdown und die anschließende Phase eines Winters unter Pandemiebedingungen

105

106 können wir als Gesamtgesellschaft nur dann bewältigen, wenn wir die Menschen
107 dabei mitnehmen. Als wesentliche Eckpunkte, damit wir gemeinsam gut durch die
Coranakrise kommen, fordern die Bayerischen GRÜNEN:

108 • **Infektionswege nachvollziehbar machen**

109 Wenn 75 Prozent der Infektionen in ihrem Ursprung nicht zugeordnet werden
110 können, dann muss die Konsequenz sein, mehr Wissen und Daten über das Virus zu
111 gewinnen, um seine Verbreitungswege besser einschätzen zu können. Diese
112 Informationen sind die zentrale Voraussetzung, damit die Infektionsrisiken
113 gesenkt und die Pandemie gezielter bekämpft werden können. Deshalb müssen die
114 Gesundheitsämter personell, technisch und digital dringend und schnell besser
115 ausgestattet werden. Wir brauchen eine bayerische Teststrategie, die bei
116 begrenzten Kapazitäten prioritär diejenigen testet, die mit Risikopersonen zu
117 tun haben oder in Quarantäne sind. Testungen müssen so effizient durchgeführt
118 werden, dass jede Person, für die Quarantäne verhängt wird, spätestens am
119 Folgetag getestet werden kann und das Ergebnis innerhalb von 24 Stunden
120 vorliegt. Zudem muss in wissenschaftliche Studien investiert werden, um
121 herauszufinden, an welchen Orten sich die Menschen verstärkt infizieren. Nur mit
122 diesem Wissen kann es einen planbaren und weitsichtigen Weg durch die kalte
123 Jahreszeit geben.

124 • **Mittel für Betroffene umfassend und unbürokratisch bereitstellen**

125 Unsere Gesellschaft beweist sich durch echte Solidarität. Solidarität mit denen,
126 die jetzt ermöglichen, dass Schulen, Kitas und Geschäfte geöffnet bleiben.
127 Solidarität mit Künstler*innen, Inhaber*innen und Beschäftigten der
128 Gastrobetriebe, mit Solo-Selbstständigen, Startups und viele anderen. Für die
129 Betroffenen und deren Mitarbeiter*innen geht es um ihre Arbeitsplätze und in
130 nicht wenigen Fällen um ihre wirtschaftliche Existenz. Sie brauchen entschiedene
131 finanzielle Unterstützung, die auch wirklich ankommt, damit die Pandemie nicht
132 immer mehr zur gesellschaftlichen Zerreißprobe wird. Und es geht um den Erhalt
133 unserer vielfältigen Kultur in Bayern – die Bühnen dürfen nicht dauerhaft leer,
134 die Vorhänge nicht dauerhaft geschlossen bleiben. Die von der Bundesregierung in
135 Aussicht gestellten Mittel müssen deshalb allen Betroffenen schnellstmöglich,
136 lückenlos und so unbürokratisch wie nur irgendwie möglich zur Verfügung gestellt
137 werden. Zudem ist die Staatsregierung in der Pflicht, das kulturelle Leben in
138 unseren Städten und Gemeinden auch unter Pandemiebedingungen lebendig zu halten,
139 entstandene Lücken in der Kulturszene schnellstmöglich wieder zu schließen und
140 für das Wiederaufstehen unserer Kultur den Kommunen die nötigen Mittel
141 bereitzustellen. Es ist gut dass nach langem Kampf die Bayerische
142 Staatsregierung für Künstler*innen den Unternehmerlohn von 1180 Euro zur
143 Verfügung stellen will. Für uns Grüne ist klar: Analog zu Baden-Württemberg muss
144 der fiktive Unternehmerlohn für alle Selbständige gelten. Sie hatten vor der
145 Pandemie ein funktionierendes Geschäftsmodell und müssen dementsprechend
146

unterstützt werden.

147 • Risikogruppen besser schützen

148 Patient*innen in Kliniken sowie Bewohner*innen von Langzeitpflegeeinrichtungen
149 leiden in besonderem Maße unter stark eingeschränkten Besuchsregelungen. Es geht
150 darum Menschen aus Risikogruppen einerseits besser zu schützen, ihnen
151 andererseits aber soziale Nähe innerhalb der Einrichtungen und durch Besuche von
152 außen zu ermöglichen. Deshalb fordern wir einen Anspruch auf kostenlose
153 Antigenschnelltests und hochwertiges Schutzmaterial für alle in Kliniken und
154 Pflegeeinrichtungen betreuten, behandelten oder untergebrachten Personen sowie
155 für alle Besucher*innen vor dem Kontakt mit der betreuten oder behandelten
156 Person. Das gleiche gilt für Personen, die in Asylbewerberunterkünften, in
157 Einrichtungen der Behindertenpflege, in Einrichtungen der zwangsweisen
158 Unterbringung von Jugendlichen oder Erwachsenen oder im Strafvollzug leben oder
159 arbeiten. Besser geschützt werden müssen aber auch vulnerable Personen außerhalb
160 von Einrichtungen, damit sie mit möglichst geringem Risiko am öffentlichen Leben
161 teilhaben können. Dazu gehören beispielsweise die kostenfreie Ausstattung mit
162 FFP2-Masken, reservierte Öffnungszeiten in öffentlichen Einrichtungen und ein
163 Anspruch auf Homeoffice. Zudem sind Menschen in Krisensituationen zu
164 unterstützen, damit alle, die Hilfe brauchen, auch Hilfe finden.
165 Selbsthilfegruppen insbesondere in den Akutbereichen psychischer Erkrankungen
166 und Suchtverhalten müssen sich unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln
167 weiter persönlich treffen können. Hilfsangebote für Menschen in
168 Krisensituationen („Lockdown-Depression, Familienstreitigkeiten, Hilfe für
169 Frauen und Kinder etc.) müssen finanziell unterstützt werden.

170 • Kita- und Schulbetrieb sichern

171 Die Aufrechterhaltung des Kita- und Schulbetriebs ist pädagogisch und für die
172 soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen absolut wichtig. Deshalb
173 begrüßen wir, dass die Schulen und Kitas offenbleiben. Aber es sind dringend
174 bessere Schutzvorkehrungen nötig. Zum einen muss einfacher, umfassender und
175 regelmäßiger getestet werden, um Verdachtsfälle schnell abzuklären. Alle Schulen
176 und Kitas sollen deshalb die Möglichkeit erhalten, dass deren Mitarbeiter*innen
177 sowie Kinder und Schüler*innen wöchentlich kostenfreie Corona-
178 Antigenschnelltests machen können. Zum zweiten müssen endlich mobile
179 Entlüftungsanlagen in den Schulen, mehr Verstärkerbusse für den Schulweg und
180 eine passende digitale Ausstattung gewährleistet werden. Zum dritten ist auch
181 der Unterricht an die Pandemiebedingungen anzupassen, mit Rahmenrichtlinien für
182 Notenerhebung, für die konkrete Unterrichtsorganisation und mit
183 Lehrplankürzungen.

184 • Impfprioritäten transparent festlegen

185 Auch falls in absehbarer Zeit ein Impfstoff gegen den Corona-Virus zur Verfügung
186 stehen wird, wird Impfen ein knappes Gut sein. Deshalb muss in einer breiter
187 öffentlichen Debatte eine allgemeine Akzeptanz dafür geschaffen werden, welche
188 Gruppen bei der Impfung priorisiert werden. Als Leitlinie muss dabei gelten,
189 dass Infektionen mit schwerem Verlauf möglichst verhindert werden. Wir wollen
190 deshalb, dass der Impfstoff zunächst für die Bewohner*innen von Alten- und
191 Pflegeheimen sowie für die Mitarbeiter*innen in Krankenhäusern und Pflegeheimen
192 bereitgestellt wird.

193 **... damit die Infektionskrise Vertrauen in die Demokratie stärkt und**
194 **gesellschaftliche Solidarität wächst**

195 Die Bekämpfung dieser Pandemie verlangt allen Bürger*innen Bayerns, unserer
196 gesamten Gesellschaft sehr viel ab. Die Bayerischen GRÜNEN wollen in dieser Zeit
197 den Menschen Sicherheit geben durch Transparenz, Beteiligung und klare Konzepte.
198 Unser Ziel ist, dass das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben mit
199 passgenauen Hygienekonzepten wieder stattfinden kann. Wir GRÜNEN sind überzeugt,
200 dass wir das gemeinsam schaffen werden, wenn wir solidarisch handeln und
201 füreinander eintreten.